"Der Bund kann sich vor diesem Problem nicht mehr drücken"

Autor(en): **Bachmann, Monika / Rechsteiner, Paul**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **103 (2006)**

Heft 4

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-840490

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Erste nationale Armutskonferenz

«Der Bund kann sich vor diesem Problem nicht mehr drücken»

«Jeder Aufschwung hat stets dazu beigetragen, die Integration zu fördern», sagt Paul Rechsteiner. Der Gewerkschafter sieht deshalb den idealen Zeitpunkt gekommen, um die Armut zu bekämpfen.

Herr Rechsteiner, Sie sind seit 20 Jahren Mitglied des Nationalrats. Gibt es gewisse Ermüdungserscheinungen?
Der lange Atem gehört zum politischen Leben. Ich bin motiviert wie am ersten Tag, die Herausforderungen sind heute allerdings grösser als vor 20 Jahren: Das spüre ich vor allem als SGB-Präsident. Die Gewerkschaften haben dafür zu sorgen, dass sich die Politik und die Parteien sozial orientieren. Die Gewerkschaften sind das stärkste Gegengewicht zur leider vorherrschenden Desolidarisierung.

Sie haben sich für eine nationale Armutskonferenz (s. Kasten) stark gemacht. Weshalb braucht es diese Konferenz?
Wer etwas erreichen will, muss dafür sorgen, dass sich die massgebenden Leute treffen und nach Lösungen suchen. Das zeigen auch die Erfahrungen auf europäischer Ebene, wo Aktionsprogramme gegen Armut entwickelt worden sind.

Die Konferenz soll einen Handlungsplan entwickeln. Wie könnte dieser aussehen?
Im Bereich der Sozialhilfe etwa gibt es wenig rechtliche Grundlagen, obwohl laut Statistik rund 220 000 Menschen davon betroffen sind. Es muss ein Ziel sein, die Grundrechte dieser Menschen abzusichern. Dazu beitragen könnte unter anderem die Steuerbefreiung des Existenzminimums. Dieses Geschäft wurde vom Nationalrat in der Herbstsession bewilligt und geht nun in den Ständerat.

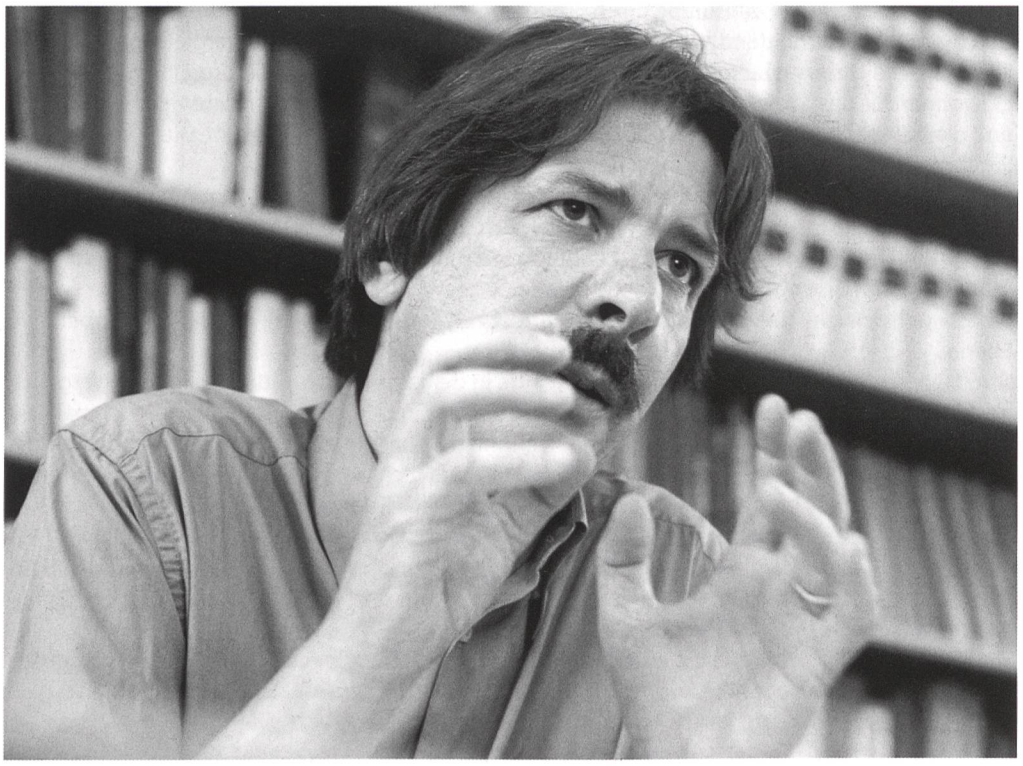
Die Steuerbefreiung soll aber laut Bundesrat noch zu den Kantonen in die Vernehmlassung gehen.
Dem Bundesrat, so wie er gegenwärtig zusammengesetzt ist, passt dieses Geschäft nicht. Deshalb will er es auf die lange Bank schieben und fordert diese Vernehmlassung. Die Kantone sind aber bereits mehrmals dazu befragt worden und befürworten das Vorhaben. Ausserdem hat man in der aktuellen Vorlage eine sehr milde Formulierung gewählt: Die Kantone können das Existenzminimum selbst definieren, aber sie müssen es definieren. Das ist bereits ein Fortschritt.

Sie geben der Vorlage gute Chancen?
Ich setze den guten Willen des Ständerats voraus. In einer Zeit, wo Reiche steuerlich begünstigt werden, wäre es obszön, zur Steuerbefreiung des Existenzminimums nein zu sagen.

Wo muss die Armutskonferenz noch ansetzen?
Ein mögliches Ziel ist, die Rückerstattungspflicht von Sozialhilfeleistungen zu überprüfen, damit Betroffene im Leben wieder Fuss fassen können. Es ist sicher be-

«Alles, was wir tun oder lassen, hat eine Langzeitwirkung»: Paul Rechsteiner

Bild: Trix Niederau



ZUR PERSON

Paul Rechsteiner ist Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) und politisiert seit zwanzig Jahren für die SP im Nationalrat. Paul Rechsteiner ist Jurist und führt in St. Gallen eine Anwaltskanzlei.

rechtigt, dass diese Leistungen zurückgefordert werden, wenn jemand erbt oder Rückerstattungen von Sozialversicherungen erhält. Wenn aber von Menschen, die den Weg zurück in die Arbeitswelt finden und ein bescheidenes Einkommen erzielen, verlangt wird, dass sie die Sozialhilfe zurückzahlen, ist dies ein Integrationshindernis.

Sehen Sie weiteren Handlungsbedarf?
Kinder gelten heute als Armutsrisiko. Hier braucht es Massnahmen: Nebst fairen Kinderzulagen denke ich an Ergänzungsleistungen für Familien. Zudem braucht es mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten, um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu fördern. In vielen Fällen scheitert dies noch daran, dass Betreuungsplätze nicht erschwinglich sind. Wir befinden uns zurzeit in einer Phase, wo es viel versprechende Ansätze gibt, die Umsetzung aber – vor allem aus finanziellen Gründen – schwierig ist.

Die Sozialhilfestatistik zeigt, dass junge Erwachsene besonders betroffen sind.
Für die gesellschaftliche Entwicklung ist es eine Katastrophe, wenn Jugendliche keine Ausbildungschancen haben und ausgeschlossen werden. Das Armutsrisiko besteht für sie lebenslang. Die Gewerkschaften fordern deshalb, dass ein Land wie die Schweiz, das über starke wirtschaftliche Ressourcen verfügt, dafür sorgen muss, dass alle Jugendlichen eine Ausbildung machen können. Diese Forderung muss umgesetzt werden. Die Konferenz könnte dazu beitragen, dass alle Beteiligten, also die Kantone, der Bund, aber auch die Unternehmen ihren Beitrag dazu leisten.

Welche Verantwortung trägt der Bund?
Die wirksamste Armutsbekämpfung sind – wenn man von anständigen Löhnen absieht – die Sozialversicherungen. Wer aus der Erwerbsarbeit und dem Netz der Sozialversicherungen hinausfällt, ist akut armutsbedroht. Der Bund kann sich vor diesem Problem nicht mehr drücken. Trotzdem sind die Bemühungen um ein Rahmengesetz für die Sozialhilfe mit Mindeststandards derzeit blockiert.

Warum?
Zurzeit sind Steuererleichterungen für Reiche gefragt. Vor 150 Jahren wäre es wohl niemandem in den Sinn gekommen, hohe Einkommen im Verhältnis tiefer zu besteuern. Diese Entwicklung ist fatal. Wir haben es mit einer Verkehrung der Werte zu tun. Ich bin aber davon überzeugt, dass sich dieser falsche Trend wieder umkehren lässt: Es braucht soziale Standards.

Warum wird die Konferenz gerade jetzt ins Leben gerufen?
Es muss ein Ziel sein, allen Menschen den Zugang am aktiven gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist die aktuelle positive Konjunkturentwicklung zentral. Jeder Aufschwung hat bisher dazu beigetragen, die Integration zu fördern. Wir dürfen diesen Aufschwung nicht verpassen, sonst müssen wir vielleicht wieder lange warten.

In der Armutskonferenz sollen auch Betroffene vertreten sein. Sie haben eine schlechte Lobby – wie soll der Einbezug also gestaltet werden?
Man kann die Problematik der Armut nur angehen, wenn die Betroffenen als Subjekte wahrgenommen werden. Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass die Nähe zu Betroffenen eine differenzierte Sicht ermöglicht. Als Einzelpersonen können sie sich schlecht artikulieren, manche sind gar verstummt. Aber es gibt sensible Darstellungen über sie. Es ist noch unklar, wie die Betroffenen an der Konferenz vertreten sein werden. Klar ist jedoch, dass wir ihren Subjektstatus nicht aus den Augen verlieren dürfen – Armutsbetroffene sind Menschen, und sie haben Rechte.

Wo steht die Schweiz im Vergleich zu den Nachbarländern in der Armutsbekämpfung?
Die Schweiz war über Jahrzehnte ein Sonderfall, da sie im Vergleich zu den Nachbarländern kaum Arbeitslose hatte. Die lange Krise der 90er-Jahre, die durch die falsche Nationalbankpolitik zum Teil selbstverschuldet war, und die letzte Rezession ab 2001 haben dazu geführt, dass die Zahl der Armen rasant zugenommen hat. Für unsere Zukunft ist entscheidend, ob der aktuelle Aufschwung genutzt werden kann, um Perspektiven und Chancen zu eröffnen. Alles, was wir tun oder lassen, hat eine Langzeitwirkung. Wir müssen verhindern, dass wir in eine Situation kommen wie gewisse Nachbarländer. Sie haben der Entwicklung zu lange zugeschaut. Zentral ist eine aktive Wirtschaftspolitik.

> «In einer Zeit, wo Reiche steuerlich begünstigt werden, wäre es obszön, zur Steuerbefreiung des Existenzminimums nein zu sagen.»

Wird die Armut zukünftig in der Politik präsenter sein?
Die Armutsbekämpfung gehört klar auf die politische Agenda. Die Fachleute müssen einbezogen werden. Eine Konferenz eröffnet Chancen – wenn dafür gesorgt ist, dass sie nicht einfach der Selbstdarstellung eines Bundesrates dient.

Das Gespräch führte
Monika Bachmann

KONFERENZ ZUR BEKÄMPFUNG DER ARMUT

Falls der Ständerat dem Geschäft in der Wintersession zustimmt, findet im kommenden Jahr erstmals eine nationale Armutskonferenz statt. Dabei sollen sämtliche Akteurinnen und Akteure, die mit der Problematik konfrontiert sind, vertreten sein. Ziel der Konferenz ist es, einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut zu entwickeln.

Weitere Infos: www.parlament.ch